

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt  
Kagelstr. 22.  
Groschen Nr. 22.  
Groschen Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmtes Blatt.

Verlagsamt  
Dresden 1532.  
Groschen  
Riesa Nr. 22.

Nr. 292.

Dienstag, 17. Dezember 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für den gewöhnlichen Reklametext, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät, Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage können Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzschtr. 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Das ober-schlesische Deutschtum in Polen.

Im östlichen Oberschlesien, das Deutschland nach dem Versailles-Diktat an Polen abtreten mußte, finden in dieser Zeit Gemeindevahlen statt. Leider sind diese auf vier Termine verteilt, so daß ein geschlossenes Bild erst nach der vierten Wahl gezeichnet werden kann. Immerhin läßt das Ergebnis in den Ortsparlamenten, die am 24. November und am 8. und 15. Dezember wählten, schon weitgehende Schlüsse zu. Deutschland wird an den Wahlen, die in diesen Gebieten stattfinden, immer aus härtester Interessiertheit bleiben. Denn es ist nun einmal so, daß politische Grenzen, besonders wenn sie mit Gewaltsamkeit, wie in Oberschlesien gezogen werden, zwar die Staatsgrenzen, aber nicht alle anderen Beziehungen zwischen den Menschen gescheiden können. Und bei allen Betrachtungen über die politische Weiterentwicklung im polnischen Oberschlesien wird man deutscherseits immer von Versailles Frieden und von der Abkündigung im März 1921 ausgehen. Fraglich war schon, ob diese Abkündigung an sich irgendwelche Berechtigungen hatte. Doch fraglicher war die Art ihrer Durchführung unter dem Schutze französischer und italienischer Balonette und unter dem Eindruck eines blutigen polnischen Terrors. Am allerfraglichsten aber war, daß schließlich das Abstimmungs-ergebnis nicht einfach hingenommen, sondern von Polen und der Entente in dem Sinne ausgenutzt wurde, daß wenigstens ein großer Teil Oberschlesiens von Polen annektiert wurde. Für das gesamte ober-schlesische Gebiet ergab die Abstimmung damals 60 Prozent deutscher Stimmen gegen 40 Prozent polnischer. Um trotzdem für Polen das wichtige ober-schlesische Kohlengebiet zu erobern, mußte man die Stimmziffern in diesem Gebiete gesondert zählen und konnte nur auf diese Weise 980 000 Einwohner, worunter 264 000 rein deutsche, den Polen zuschreiben. Deuten wir es ja freilich auch weniger um diese Bewohner zu tun, auch nicht um die 3000 Quadratkilometer Land, sondern um die Eisen-, Zink- und Bleierzgruben und Häfen, und um die Kohlenbergwerke, zu denen die Menschen eigentlich nur als Anhängsel betrachtet wurden. Was hier geschehen ist, wird in der Weltgeschichte weiterleben und weiterwirken, und ein Teil dieser Wirkung wird das bleibende Interesse sein, das die Deutschen hinsichtlich der Grenze dem Kampf der Deutschen jenseits der Grenze um Erhaltung ihrer Sprache und Kultur entgegenbringen.

Daß es sich da um einen schweren Kampf handelt, zeigen auch die Gemeindevahlen in dem abgetretenen Gebiet. Polen tut, was es kann, um der deutschen Bevölkerung die freie politische Betätigung, womöglich sogar das Verbleiben im polnischen Oberschlesien zu verhindern. Die Art, wie es gegen die deutschen Schulen kämpft, hat schon wiederholt die deutsche Regierung und den Völkerbund beschäftigt. Auch die Eingemeindungspolitik muß den Volksinteressenabsichten dienen. Vorwiegend ist das Deutschtum in den Städten anfällig, und deshalb gemeindet man möglichst viele ländliche Ortshäuser ein, um der deutschen Mehrheiten auf solche Weise Herr zu werden. Endlich kommt noch die Zuzwanderung von Hunderten von Beamten und Angestellten nebst Familie, wodurch die Stimmziffer der Regierungspartei gestärkt wird. Die Regierungspartei ist trotzdem bei fast allen diesen Wahlen in der Minorität geblieben. Freilich hat das Deutschtum damit noch nicht die Mehrheit für sich gewonnen, denn neben ihm steht die Christlich-DEMOKRATISCHE Partei Korsantus, die ihre eigenen Wege geht. Korsantus, der schon im alten deutschen Reichstag seine Quertreiberpolitik machte, legt sie jetzt mit umgekehrten Vorzeichen auf polnischem Boden fort. Innerhalb des Deutschtums haben sich die Sozialdemokraten von der bürgerlichen Gemeindefraktion getrennt. Das ist einerseits bedauerlich, hat aber andererseits doch auch wahrheitsgemäß verheißen, daß Tausende von Arbeiterstimmen sich auf die polnische Seite schlugen. Mit Wahlen der deutschen Parteien war nach hundert Jahren polnischer Kolonisationsarbeit zu rechnen. Der Verlust beträgt in denjenigen Städten, in denen deutsche Wiken angelegt wurden, in Ratibitz, Plek, Vohlan, Sorau, Lubitz und Gersengberg, seit den letzten Wahlen vom Herbst 1926 etwa zwölf Prozent. Die Polen werden sich dieses Fortschrittes ihrer Sache natürlich mächtig rühmen. Im Vergleich zu den gewaltigen Anstrengungen, die sie gemacht haben, und im Vergleich vor allem zu den Nachmitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, kann dieser deutsche Stimmenverlust wirklich nicht als übermäßig bezeichnet werden. Außerdem darf man mit gutem Grunde sagen, daß nunmehr auch bald die Grenze erreicht sein wird, bis zu welcher das Polentum überhaupt vorzudringen kann. Denn schließlich kann man nicht alle deutschen Kaufleute und Bauern durch polnische Angehörige und Beamte ersetzen. Es spricht manches dafür, daß diejenige Position, in welcher sich das Deutschtum bei dieser Wahl behaupten konnte, von ihm auch in Zukunft behauptet werden wird.

## Die Vorbereitungen für die Jänner Konferenz.

X Berlin. Eine offizielle Einladung für die Konferenz im Jänner ist, wie wir von unrichtiger Seite erfahren, noch nicht eingetroffen, aber es ist wohl kein Zweifel, daß die Konferenz zu dem bisher angenommenen Termin am 3. Jänner beginnen wird. Es ist davon die Rede, daß die Juristen nach einem in Paris sich verfassenden und über einige noch ausstehende Fragen verhandeln würden. Es könnte nur sein wegen der Differenzen und wegen der Panzerfrage, soweit sie die Handelsinteressen betrifft. Außerhalb dieser Punkte haben sich noch keine Verhandlungen angedeutet.

## Die erste Beratung der Zolltarifnovelle. Deutscher Reichstag.

Abg. Berlin, 16. Dezember, 1 Uhr.

### Die erste Beratung der Zolltarifnovelle

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Zolltarifnovelle mit den dazu gehörigen Änderungen der Handelsverträge mit Frankreich, der Schweiz, Schweden und Finnland. Die Zolltarifnovelle vom August 1928 läuft am 31. Dezember d. J. ab. Durch den vorliegenden Entwurf soll diese Zollregelung auf unbestimmte Zeit verlängert werden mit Änderungen, die in erster Linie die Agrarprodukte, aber auch Schuhe und Aluminium betreffen. Die Agrarprodukte erfahren Erhöhungen, aber das System der gleitenden Zölle wird beibehalten; der Zollfuß richtet sich nach dem Preis und ermäßigt sich, wenn der Preis eine gewisse Höhe überschreitet.

Neu festgesetzt werden die Mindestzölle für Rindfleisch auf 24,50 Mk., Schafe 22,50 Mk., Schweine 18 Mk., Schweinefleisch 12 Mk., anderes Fleisch 45 Mk. für den Doppelzentner. Der Zollfuß für Roggen soll 7 Mk. betragen, er soll auf 9 Mk. erhöht werden, wenn der Durchschnittspreis unter 22 Mk. sinkt, auf 5 Mk. ermäßigt werden, wenn der Preis über 24 Mk. steigt. Der normale Weizenoll soll 7,50 Mk. betragen, er soll bei einem Preis von weniger als 25 Mk. auf 9,50 Mk. erhöht, bei Überschreitung eines Preises von 27 Mk. auf 5,50 Mk. ermäßigt werden. Der normale Gerstenooll soll 7 Mk. auf 9 Mk. erhöht werden, wenn der Preis über 25 Mk. sinkt, er soll auf 5 Mk. ermäßigt werden, wenn der Preis über 27 Mk. steigt. Der Futtergerstenooll soll bis zum 31. 12. d. J. mindestens 5 Mk. betragen, später 2 Mk. — Der Mindestoll für Hafer soll 5, 7 und 9 Mk. betragen, die entsprechenden Preisgrenzen 22 und 24 Mk. Entsprechend der Getreidezölle sind auch die Wehlsölle neu gestaltet.

Auch verschiedene Industriezölle werden durch die Zollnovelle neugeregelt; eine Erhöhung ist namentlich für Schuhe vorgesehen, neu eingeführt wird ein Aluminiumoll. In einigen Punkten weichen die Reichsratsbeschlüsse von der Regierungsvorlage ab. Der Reichsrat hatte n. a. auch für bestimmte Textilwaren Zollserhöhungen vorgeschlagen, die die Regierung nicht in ihre Vorlage aufgenommen hat.

### Reichsfinanzminister Dr. Hilferding

begründet die Vorlage: Die Reichsregierung konnte bei der Verlängerung des Zollgesetzes die Wünsche verschiedener Industriezweige nicht berücksichtigen. Es wäre gefährlich, wenn von Deutschland eine neue Welle des Protektionismus ausgehen würde in einer Zeit, in der überall auf einen Abzug der Zollmauern hingewirkt wird. Der englische Vorschlag für einen Zollfrieden hat gerade für die deutsche Wirtschaft die höchste Bedeutung. Wir hoffen, daß es in einer solchen Atmosphäre gelingen würde, den Kampf gegen den Protektionismus auf internationaler Basis zu führen. Heute, im Zeitalter der industriellen Konzentration und Organisation haben die Zölle eine ganz andere Bedeutung als früher. Sie dienen nicht mehr dem Schutze der schwachen Industrien, sondern sie erleichtern den starken Industrien die internationale Kartellbildung.

## Einigung über das Sofortprogramm zur Finanzreform.

Abg. Berlin. Im Reichstag haben am Montag die Verhandlungen der Fraktionen-Sachverständigen mit den Regierungsparteien zu einer Einigung über die Tabaksteuer-Erhöhung geführt, die einen Teil des Sofortprogramms bildet. Die Regierungsvorläge wurden angenommen mit der Änderung, daß die Festsetzung der bei den Zigaretten sich nur auf 1/2 Jahre, bis zum 31. März 1931, erstrecken soll. Der Minister wird verpflichtet, Maßnahmen zu treffen zur Vermeidung unbilliger Entlastungen des Handels und unbilliger Steigerungen der Kleinverkaufspreise.

Offen geblieben ist noch die Frage, ob für die Förderung des heimischen Tabakbaus fünf Millionen aus Reichsmitteln bewilligt werden sollen. Der Initiativantrag zur Erhöhung der Tabaksteuer ist bereits mit der Unterschrift aller Regierungsparteien im Reichstag eingegangen. Verhandlungen behielten sich die Parteien vor, in Einzelfragen im Ausschuss Änderungsfragen zu stellen.

Zum zweiten Teil des Sofortprogramms, der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, ist eine Ueber-einstimmung darüber erzielt worden, daß die Beitragserhöhung ein halb Prozent betragen soll. In der Frage der Befristung kam ein Kompromiß dahin zustande, daß

### Bayerische Volkspartei und Koalition.

X München. Zur Abstimmung über die Ver-zweigungsformel im Reichstag äußert sich die Bayerische Volkspartei folgendermaßen: Die Stimmhaltung der Bayerischen Volkspartei im Reichstag ist die schärfste Ein-leitung eines Vordringungsversuchs von der Regierung und Regierungskoalition. Dieser Vorstoß wird bis zur letzten Konferenz ablaufen müssen, wenn die notwendigen Voraussetzungen am Tage der endgültigen Entscheidung doch die Form haben werden wie in der Aufwindung der

chen Industrien, sondern sie erleichtern den starken Indu-

Die Zolltarifnovelle wird allgemein anerkannt. Mit Polen allein ist diese Zolltarifnovelle nicht zu befehlen. Wenn durch Zollserhöhungen der Preis gesteigert wird, so muß andererseits der Konsument gegen zu starke Preis-erhöhungen geschützt werden. Diesem Zweck dient das System des gleitenden Zolls. Damit wird auch den Produzenten geboten, die ein Interesse an stabilen Preisen haben. Die Krise im Getreidebau muß in der Hauptsache durch organ-ische Maßnahmen auf dem Getreidemarkt überwin-den werden. Hohe Einfuhrzölle sind nicht das geeignete Hilfsmittel. Er liegt nicht im Interesse der deutschen Wirt-schaft, deutschen Roggen unter den Produktionskosten ins Ausland zu werfen. Beim Roggen ist Polen das einzige Konkurrenzland Deutschlands. Gelingt es, mit Polen zu einem Uebereinkommen zu gelangen, so könnte viel be-sser werden.

Abg. Goernle (Komm.) erklärt, die Genfer Weltwirt-schaftskonferenz habe nicht den minderen praktischen Erfolg gehabt. In Wirklichkeit habe ein internationales Wett-rufen im Zollwesen eingeleitet. Deutschland habe den Vor-gezug, dabei an der Spitze zu marschieren. Der vorliegende Entwurf sei ein neuer Beweis dafür.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, geht die Beratung an den handelspolitischen Ausschuss, die Vor-lagen zu den Handelsverträgen werden dem Handels- und Zollausschuss überwiesen.

Ein Entwurf über die

### Eintragung von Schiffspfandrechten

in ausländischer Währung wird in allen drei Lesungen an-genommen. Die Geltungsdauer des bestehenden Gesetzes wird dadurch bis zum 31. Dezember 1930 verlängert.

Um 2 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Dienstag, 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht n. a. das Ministerpensionsgesetz.

### Nach Verhandlungen über Biersteuer?

\* Berlin. Wie die „DWA“ berichtet, wird zwischen Regierung und Parteien außer über Tabaksteuer und Arbeits-lohnbeitragssteigerung, auch über die Biersteuererhöhung ver-handelt. Offenbar seien noch neue Wünsche hinsichtlich der Garantien für Liquidität der Reichskasse geäußert wor-den. Das „DZ“ berichtet dazu ergänzend, daß im Reichs-tag ein Antrag darüber eingebracht habe, daß Reichsbank-präsident Dr. Schacht gewisse Wünsche wiederholt habe, die eine Erleichterung der Biersteuer nach vor Weidmannen be-träfen. Das „DZ“ meint allerdings, daß diese Wünsche platonisch bleiben dürften, weil außer der Bayerischen Volks-partei auch Sozialdemokraten und Regierung keine Neigung zeigten, das Kompromiß zu gefährden.

\* Berlin. Nach dem amtlichen Bericht über die Ver-sprechung der Reichsregierung mit den Parteiführern, an der auch Dr. Schacht zeitweise teilnahm, wird beschlossen, daß eine Ergänzung des Sofortprogramms durch neue Steuern, etwa die Biersteuer, nicht geplant ist.

der erhöhte Beitrag bis zum 30. Juni 1930 gelten soll. Der Initiativantrag der Regierungsparteien ist dem Reichs-tag eingeweiht worden.

### Ein neuer Schritt des Reichsbankpräsidenten.

Abg. Berlin. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, hat sich Reichsbankpräsident Dr. Schacht wiederum an die Reichsregierung gewandt, um auf eine Erweiterung des Sofortprogramms hinzuwirken. Während das Sofortprogramm der Regierungsparteien ungefähr 400 Millionen Reichsmark einbringt, glaubt Dr. Schacht unbedingt 500 Millionen Reichsmark fordern zu müssen, um den notwendigen Ueberbrückungskredit für ultimo Dezember erhalten zu können. Dr. Schacht hat dazu in den Nach-mittagsstunden dem Reichspräsidenten v. Hindenburg einen Vortrag über diese Fragen gehalten; er soll auch nachdrücklich dem Reichspräsidenten gegenüber diese Forde-rung vertreten haben.

In den Abendstunden beschäftigte sich das Kabinett mit dieser Frage, auch war für spät abends noch eine Partei-führerbesprechung in dieser Angelegenheit einberufen worden.

Regierung. Wenn es in der bisherigen Regierungskoalition Parteien gibt, die Wert auf Zusammenarbeit mit der Bayerischen Volkspartei legen und im Interesse der deut-schen Politik nicht für scharfe halten, wenn in Bayern eine verzweifelte Stimmung eintritt, dann ist jetzt die letzte Gelegenheit gekommen, der Reichsfinanzpolitik ein für Bayern erhebliches Gewicht zu geben. Es ist die Ueber-zugung der Bayerischen Volkspartei, daß das derzeitige Finanzprogramm sich sehr bald als eine Politik des Fort-wrucks und der unerschütterlichen Verwirklichung entpuppen wird.